

Bericht

167

ist, die Städte doch befragt werden sollten, und habe in diesem Sinne auch an die „Miles“ geschrieben.

Diese hat geantwortet, nachdem eine Gesellschaft in Reichenberg begründet worden ist, können die deutschen Städte in Böhmen nur durch diese Filiale beziehen. Ich finde das für ein sonderbares Vorgehen und muß sagen, daß es mir, um mich deutsch auszudrücken, ein gesundes Fressen ist, daß man von hier aus besorgen will, daß man die Städte ermächtigt, direkt mit der „Miles“ in Verbindung zu treten.

Ob die Städte für die Betriebe, die sie haben, der Industrie-Einkaufsstelle beitreten oder ob sie in der Lage wären, sich durch die „Miles“ mit entsprechenden Nahrungsmitteln zu versehen und ihre Arbeiter damit zu bedenken, ist eine Sache für sich. Jedenfalls stehe ich aber auf dem Standpunkte, daß nach dem Kriege eine solche Zentral-Einkaufsstelle, auch wenn sie geschaffen worden wäre, nicht weitergeführt werden soll, denn wir müssen ja den legitimen Handel auch wieder in seine Rechte treten lassen. Es wäre nur als Prinzip festzulegen, daß die Städte, wenn die industriellen Einkaufsstellen bestehen bleiben sollten, sich diesen anschließen sollen, weil damit ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie geschaffen wäre.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Wünscht noch einer der Herren das Wort? Es ist nicht der Fall. Ich bringe nun die Ihnen bekannten Anträge des Referenten und des Herrn Abgeordneten Dr. v. Licht zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche für den Antrag des Abgeordneten Kraft und für jene des Abgeordneten Dr. v. Licht sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Hierauf verweisen die Bürgermeister Dr. Storch und Tschek darauf, daß aus verschiedenen Anzeichen hervorzugehen scheint, daß die Regierung eine Reform der Autonomie der Städte beabsichtigt. Es sei die Pflicht des Bundes, sich mit den darauf bezüglichen grundlegenden Fragen zu befassen, insbesondere auch deshalb, weil Gemeindeordnung und Gemeindevahlordnung in der Tat vielfach reformbedürftig sind. Beide Redner stellen den Antrag, die Geschäftsleitung möge durch eine Rundfrage bei den städtischen Verwaltungen und bei sonstigen in Betracht kommenden Persönlichkeiten und Körperschaften das erforderliche Materiale sammeln und sodann einen Unter-Ausschuß zur Behandlung dieser Frage einsetzen.

Nach längerer Debatte, an welcher sich die Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Hussak und Bornemann, sowie die Abgeordneten Dr. v. Licht und Dr. Jarolim beteiligten, wurde dieser Antrag einmütig zum Beschlusse erhoben.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Wir kommen nun zum letzten Punkt der Tagesordnung Kriegsgewinnsteuer: Ich ersuche den Herrn Amts-Direktor von Graz, sein Referat zu erstatten.

Referent Amts-Direktor Dr. Blochl führt aus:

Der Bericht betrifft eine Frage, die mit dem großen Weltkriege in innigstem Zusammenhange steht, ja gewissermaßen durch den Krieg geboren wurde. Darin liegt gleich der Erklärungsgrund für den sonst auffallenden Umstand, daß die Vertretung der Städte den Gedanken der Einführung einer Sondersteuer zur Aufzucht bringen und zwar einer Steuer, die vorzugsweise zugunsten des Staatsfiskus eingeführt werden soll. Während die Städtevertreter bekanntlich sonst verpflichtet und gewöhnt sind, durch Anwendung der weisesten Sparsamkeit ihre

Bürger vor neuen Lasten möglichst zu schützen, und diesen Standpunkt natürlich auch in Bezug auf die staatlichen Steuerprojekte einnehmen muß.

Aus der engen Verknüpfung des Themas mit dem Kriege ergibt sich die Behandlung und die Verfassung des Berichtes nach zwei Richtlinien:

Erstens möglichste Anpassung der Form des Berichtes, der Größe und dem Ernste der Zeit entsprechend und zweitens weises, dem Ernste der Zeit und der Würde der Städte entsprechendes Maßhalten bei Aufstellung der im Zusammenhange mit diesem Thema zu stellenden Forderungen der Städte.

Eben deshalb glaube ich, auf Ihre Zustimmung rechnen zu können, wenn ich mich bei meinen Ausführungen strenge an den vorbereiteten Schriftsatz des Referates halten werde. Es tut mir leid, wenn ich Ihre Aufmerksamkeit einige Zeit werde in Anspruch nehmen müssen. Ich lege aber Wert darauf, daß das, was ich vorbringe, auch so in die Öffentlichkeit kommt, wie es schriftlich vorliegt (liest):

„Wenn wir an die Frage der steuerlichen Dienstbarmachung der Kriegsgewinne herantreten, so ist es wohl am Platze, uns vor allem die beispiellose Größe des gegenwärtigen, nun schon 17 Monate tobenden Weltkrieges vor Augen zu halten. Sie kommt zum Ausdruck in der fast weltumspannenden räumlichen Ausdehnung des blutigen Völkerringens, in der Millionenzahl der aufbotenen Streiter, aber auch in den ungeheuren Kosten, mit denen dieser Riesenkampf die daran beteiligten Staaten belastet.

Fast drei Viertel der bewohnten Erde sind in den Krieg hineingerissen, fast drei Fünftel der gesamten lebenden Menschen durch ihn in unmittelbare Mitleidenchaft gezogen und mehr als 10 Millionen Soldaten stehen ständig unter Waffen!

Was Wunder, wenn unter so gearteten Umständen auch die geldlichen Aufwendungen der kriegsführenden Staaten eine in der Geschichte noch nie beobachtete, alle menschlichen Voraussichten weit überflügelnde Höhe erreicht haben! Es sind geradezu Schwindel erregende, für unser Vorstellungsvermögen kaum faßbare Ziffern, die da von berufener Seite genannt wurden. Mehr als 300 Millionen Kronen betragen die täglichen Kriegskosten aller beteiligten Großmächte, über 9 Milliarden die monatlichen Ausgaben! Unwillkürlich drängt sich uns die Frage auf, wie ist es den Staaten möglich, solche Riesensummen aufzubringen und wohin wendet sich der mächtige Geldstrom beim Verbräuche dieser Summen?

Die Antwort auf diese Frage fällt für uns und unsere Gegner nicht gleichartig aus. Die Kriegführung der verbündeten Mittelmächte hebt sich von jener ihrer Gegner nicht allein durch die glänzenden militärischen Erfolge, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung auf das vorteilhafteste ab. Dies beweist zunächst die tröstliche Tatsache, daß fast zwei Drittel der vorhin erwähnten Gesamtkosten des Krieges von unseren Gegnern getragen werden, während auf Österreich-Ungarn und Deutschland zusammen nicht viel mehr als ein Drittel, mithin ein monatliches Erfordernis von rund 3 Milliarden entfällt. Noch tröstlicher gestaltet sich die Betrachtung über die Art der Aufbringung und Verwendung der zu Kriegszwecken bestimmten Gelder. Unsere Gegner, außerstande den Kriegsbedarf im eigenen Lande zu decken, müssen sich der Beihilfe Amerikas und Japans bedienen und dieses